

Umweltzone

Beschluss des Beirates Mitte vom 3.3.2008

- I. Der Beirat begrüßt den Beschluss, in Bremen eine Umweltzone einzuführen. Er sieht darin eine geeignete Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität im Stadtteil Mitte, der auf der Straße Am Dobben einen der am stärksten belasteten Punkte überhaupt aufweist.

Der Beirat Mitte unterstützt den Beirat Östliche Vorstadt in seinem Bemühen, durch Ausdehnung der Umweltzone auf den Bereich Bismarckstraße bis zur St. - Jürgen - Straße und Graf – Moltke - Straße den Wünschen der betroffenen Anwohnern zu entsprechen.

Die Einführung der Umweltzone dient der Gesundheit der Menschen in unserem Stadtteil und ist keine Maßnahme der Verkehrslenkung. Mit der Einführung der Umweltzone wird nur ein Teil der vom Verkehr verursachten Probleme gelöst. (mit 8 ja-Stimmen und 3 nein-Stimmen beschlossen)

- II. Deshalb sollten weitere Maßnahmen folgen: Dazu gehören insbesondere Überlegungen zur Verkehrslenkung, Reduzierung der Lkw-Verkehre, Geschwindigkeitsbeschränkungen, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Ausbau der Radwege und Verbesserung für car sharing. Auch sind durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit Alternativen zur Benutzung des privaten Autos aufzuzeigen.

Wir wünschen uns, dass durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit die Akzeptanz der Umweltzone steigt, denn „Feinstaub ist dein Staub“.
(einstimmig beschlossen)

- III. Insbesondere fordert der Beirat:

- Aus dem im Stadtteil Mitte vorgesehenen Gebiet der Umweltzone keine weiteren Straßen auszunehmen.
- Es ist durch Messungen zu überprüfen, ob im Bereich der B6 / Oldenburger Straße die zulässigen Grenzwerte ebenfalls überschritten werden und der Straßenzug ist dann ggf. in die Umweltzone einzubeziehen.
- Die Umrüstung der gesamten kommunalen Fahrzeugflotte ist zeitnah zu betreiben. Fahrzeuge der Entsorgungsbetriebe nicht generell zu befreien, sondern eine zu befristende Umrüstung festzulegen.
- Die Einführung der Umweltzone möglichst sozialverträglich zu gestalten, um unverhältnismäßige Härten für die Betroffenen, insbesondere für solche Anwohner, die wegen ihres geringen Einkommens nicht in der Lage sind, ihr Fahrzeug umzurüsten oder ein Ersatzfahrzeug anzuschaffen, zu vermeiden.
- den stufenweisen Abbau der Privilegien für den Wirtschaftsverkehr.
- Durch kontinuierliche Fortsetzung der Messungen im gesamten bremischen Stadtgebiet ist die Wirksamkeit der eingerichteten Umweltzone und ggf. die Erforderlichkeit deren Erweiterung zu überprüfen.
- Nach Einführung der Umweltzone sind die nachgesuchten bzw. erteilten Ausnahmegenehmigungen auszuwerten, um ggf. mit sozialen Härtefällen besser umgehen zu können.
(einstimmig beschlossen)